

Von Klimaschutz bis soziale Gerechtigkeit

»Nachhaltigkeit muss aus der politischen »Kuschelecke« geholt werden. Das betonte Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft, im Rahmen einer Nachhaltigkeitstagung in Haus Villigst.

Breyer forderte, dass den Worten der Agenda 2030 nun Taten folgen müssten. Es komme darauf an, dass der politische Rückenwind durch die globalen Nachhaltigkeitsziele in Deutschland und NRW für eine ernstzunehmende weltverträgliche Politik und einen sozialverträglichen ökologischen Strukturwandel genutzt wird. Gemessen an den Zielen der Agenda 2030 seien Deutschland und NRW »Entwicklungsländer«.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien beim Land NRW führte aus, dass das Land NRW vor dem Hintergrund der neuen UN-Ziele die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie stärken möchte. Handlungsbedarf sieht er besonders im Bereich der Integration.

»Nachhaltigkeit ist für mich keine neue Romantik«, sagte NRW-Umweltminister Johannes Remmel und betonte die Bedeutung des Klimaschutzplans für eine nachhaltige Entwicklung in NRW. Zudem zeigte er auf, dass sich eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik langfristig für den Wirtschaftsstandort NRW auszahle. Remmel: »Wir müssen unterschiedliche Interessenlage offenlegen und um die beste, durchsetzungsfähige und zukunftsfähige Lösung ringen. Dabei gibt es manchmal Win-Win-Situationen. Manchmal wird es aber auch Verlierer geben, wenn Altes Neuem weichen muss.«

»Auch die Reformation vor 500 Jahren war ein langwieriger, konfliktreicher Weg«, erinnerte Albert Henz, theologischer Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) im Rahmen der Tagung, die zugleich Auftakt des Themenjahres »Weite wirkt – Reformation und die Eine Welt« war. Henz: »Aber sie hat eine Kraft entfaltet, die nicht aufzuhalten war, die die Gesellschaft grundlegend verändert hat und bis heute wirkt.« Zum Erreichen der Ziele seien der politische Gestaltungswille, das Engagement von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Der Theologe dankte schließlich allen, die sich schon seit vielen Jahren beharrlich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Das Zusammenwachsen der Welt nehme uns immer stärker in die Verantwortung, so Annette Muhr-Nelson, Leiterin des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung. »Das Wissen um die globalen Auswirkungen unseres Lebensstils muss endlich vom Kopf in

den Bauch gehen« und kann zu einem starken Impuls werden, das Wachstumsdenken zu transformieren in eine lebensdienliche Wirtschafts- und Lebensweise.«

Exemplarisch wurden auf der Tagung notwendige Veränderungen z. B. in den Bereichen Produktion, Konsum, Energie, Landwirtschaft, Migration und Integration, Stadtentwicklung diskutiert. Dabei wurde deutlich, wie wichtig gerade NRW Industrie- und Energieland Nr. 1 für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland ist: es beeinflusst mit seinen Importen und Exporten die Lebensbedingungen vieler Menschen im globalen Süden, hat einen hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten sowie viele soziale Brennpunkte, verfügt aber auch über zahlreiche Erfahrungen mit Transformationsprozessen und kann diese in die notwendigen Veränderungen einbringen.

Die Teilnehmenden der Tagung forderten von der Politik, Konflikte nicht zu scheuen und Blockaden zu lösen, um die Ziele zu erreichen. Ebenso machten sie sich für einen Fahrplan für einen sozialverträglichen Kohleausstieg und einen Nachhaltigkeits-Check für alle Politikbereiche stark.



In der Diskussion (von links): Klaus Breyer, Professor Manfred Fishedick (Wuppertal-Institut), Minister Franz-Josef Lersch-Mense und Annette Muhr-Nelson. Foto: IKG/EKvW

Pirmin Spiegel, Vorstandsvorsitzender von Misereor, stellte darüber hinaus grundsätzliche Anfragen an das deutsche Entwicklungs- und Wohlstandsmodell. Er forderte eine Abkehr vom Wachstumsdenken und sieht die Notwendigkeit eines kulturellen und mentalen Wandels. Besonders Kirchen und andere Religionen hätten Wichtiges zu einem »Guten Leben für alle« beizutragen.

Landtagsabgeordnete fast aller Fraktionen diskutierten zum Abschluss die Frage, wie die UN-Ziele Eingang in die Landespolitik finden könnten. Dabei wurde deutlich, dass alle Parteien den Zielsetzungen zustimmen, aber unterschiedliche Vorstellungen über die nun notwendigen politischen Strategien bestehen. Einig waren sich die Anwesenden darin, dass Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in NRW eingebunden werden müssen.

Mit den UN-Nachhaltigkeitszielen verpflichten sich die Unterzeichner bis 2030 unter anderem dazu, die Armut zu beseitigen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, den Verlust biologischer Vielfalt einzudämmen und soziale Ungleichheit abzubauen.

Zu der Tagung hatten das Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW und das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW eingeladen.

Kooperationspartner waren die Evangelischen Kirche im Rheinland, Brot für die Welt, MISEREOR, die LAG 21 NRW, die Verbraucherzentrale NRW, der DGB NRW sowie Umwelt- und Eine-Welt-Organisationen in NRW.